



Massenprotest in Bangkok – Regierungsgegner besetzen Ministerien

BANGKOK (dpa). Drei Jahre nach den blutigen politischen Unruhen in Bangkok haben neue Massenproteste die thailändische Hauptstadt teilweise lahmgelegt. Protestführer Suthep Thaugsuban, bis vor kurzem Abgeordneter der Opposi-

tion, drang gestern trotz massiver Polizeipräsenz mit Hunderten Anhängern in das Finanzministerium ein und besetzte einen Teil des Gebäudes. Mit ihren Aktionen wollten sie Beamte zu zivilem Ungehorsam animieren.

Israel erlaubt Siedlungsbau

JERUSALEM (APA). Israel hat nach Angaben einer Nichtregierungsorganisation den Bau von 829 Wohneinheiten im Westjordanland genehmigt. Eine Kommission der Militärverwaltung habe dafür grünes Licht gegeben.

Neue Atomgespräche mit dem Iran



2003 IAEA stellt Verstoß gegen Atomwaffensperrvertrag fest
2006 UN-Sicherheitsrat verhängt erste Sanktionen; später mehrfach verstärkt
Feb. 2010 Iran verkündet Urananreicherung auf 20 %
2011 Laut IAEA arbeitete Iran an Entwicklung der Atombombe
2012 EU stoppt Öleinfuhren ab 1. Juli
Sept. 2012 IAEA fordert Zugang zu verdächtiger Militäranlage Parchin

Sept. 2013 Neuer Präsident Irans Rohani verspricht lückenlose Zusammenarbeit mit IAEA
7./9. Nov. Atomgespräche zwischen USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und dem Iran – anfangs Fortschritte, dann unterbrochen
24. Nov. Einigung auf ein Übergangsabkommen: Iran soll Teile seines Atomprogramms aussetzen und UNO-Kontrollen zulassen

Österreich - Infografik: APA

Obama besänftigt Israel

ATOMSTREIT: Netanjahu kritisiert Einigung mit dem Iran und spricht von „historischem Fehler“

WASHINGTON/PARIS (APA/Reuters). Nach der harschen Kritik Israels an der Einigung im Atomstreit mit dem Iran hat US-Präsident Barack Obama mit aller Kraft zu beruhigen versucht, indem er sich demonstrativ auf die Seite Israels stellte. Der französische Außenminister Laurent Fabius kündigte unterdessen gestern in Paris an, die EU werde bereits im Dezember die ersten Sanktionen gegen den Iran aussetzen.

Noch am Sonntagabend telefonierte Obama mit dem israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu, der die in Genf erzielte Übergangsvereinbarung als „historischen Fehler“ kritisiert hatte. Er habe bekräftigt, dass die USA weiter zu Israel stünden, erklärte Obama. Der jüdische Staat habe gute Gründe, angesichts der Pläne des Irans skeptisch zu sein. Der US-Präsident habe Israel zudem die Aufnahme „sofortiger Konsultationen“ mit Blick auf eine „umfassende Lösung“ angeboten. Beide Seiten würden in engem Kontakt bleiben und seien sich in dem Ziel einig, den Iran am Besitz von Atomwaffen zu hindern, so das Weiße Haus.

In Jerusalem wird befürchtet, dass Teheran auch nach der Einigung weiter nach Atomwaffenstreben könnte. „Je mehr Details über das Abkommen in Genf



Israels Premier Benjamin Netanjahu kritisiert die Einigung mit dem Iran.

APA/epa/ABIR SULTAN / POOL

bekannt werden, desto deutlicher wird, wie schlecht und gefährlich es für die Welt, die Region und Israel ist“, sagte Netanjahu am Sonntagabend. Teheran bekomme Milliardensummen, ohne selbst einen wirklichen Preis bezahlen zu müssen.

Die vorläufige, auf sechs Monate begrenzte Einigung sieht vor, dass der Iran sein auf 20 Prozent angereichertes Uran entweder auf fünf Prozent verdünnt oder in eine Form bringt, die nicht für militärische Zwecke einsetzbar ist. Die künftige Urananreicherung soll auf fünf

Prozent gedeckelt werden, während der Laufzeit des Abkommens dürfen keine neuen Zentrifugen installiert werden, jene, die besonders schnell Uran anreichern können, müssen stillgelegt werden.

Im Gegenzug erklärten sich die 5+1 (UN-Vetomächte plus Deutschland) bereit, einen Teil der Wirtschaftssanktionen zurückzunehmen. Die EU werde dies im Dezember tun, wie der französische Außenminister Fabius am Montag in einem Interview mit dem Radiosender „Europe 1“ mitteilte.

Konkret solle dies bei einem Treffen der EU-Außenminister in einigen Wochen erfolgen. Das nächste reguläre Treffen der Außenamtschefs ist für den 16. Dezember geplant.

Ein Sprecher der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton sprach von einer Aufhebung der Sanktionen im Dezember oder Jänner. „Es gibt zurzeit einen Vorschlag, eine begrenzte Anzahl von Strafmaßnahmen zu lockern“, sagte er. Diplomaten müssen Ergänzungen zu der EU-Strafliste vorschlagen.

© Alle Rechte vorbehalten

REPUBLIK

Die „Reggenza“



SLEGHE/ASIAGO. Die 14 Vertreter („regenti“, 2 pro Gemeinde) der Selbstverwaltung der Sieben Gemeinden wurden alle zwei Jahre von den Familienoberhäuptern der „vicinie“ (Nachbarschaften) gewählt. Den Vorsitz hatte ein „decano“. In Mehrheitsentscheidungen wurde über den Allgemeinbesitz und seine Verwaltung abgestimmt. Nur nahe der Häuser gab es Privatbesitz; Almen, Wald etc. waren Gemeinbesitz, der jedes Jahr verpachtet wurde. Die Sieben Gemeinden besaßen ein Heer, die „Milizia“ (mit der Pflicht zur Heerfolge beim Protektor). Die Wirtschaft basierte vor allem auf Holz und -kohle, auf Rinderzucht und Schafwirtschaft: Die Sieben Gemeinden besaßen zeitweise über 200.000 Tiere mit dem „pensionatico“-Recht, die Schafe von September bis April auf Weiden in der Ebene zu lassen. Die Aufhebung der Sonderrechte durch Napoleon besiegelte den Niedergang der Sieben Gemeinden. 1926 wurde das Vermögen des Konsortiums der Sieben Gemeinden aufgeteilt, aber noch heute sind rund 90 Prozent Flächen in Gemeinbesitz der alten Familien (ähnlich den Regole in Anpezo/Cortina d'Ampezzo).

Zimbern-Verband nimmt die Arbeit auf

SIEBEN GEMEINDEN: Nach dem Dachverband sollen nun auch Ortsgruppen gegründet werden – Vertretung als Minderheit

SLEGHE/ASIAGO (sch). Der erste Schritt ist getan: Anfang September wurde in Sleghe die Vereinigung der Zimbern in den Sieben Gemeinden gegründet. Nach dem Dachverband sollen nun auch in den einzelnen Gemeinden Ortsgruppen des Zimbernverbandes gegründet werden. Ziel ist die Erhaltung, Wiederbelebung und Förderung der zimbrischen Sprache und Kultur.



Zum Präsidenten des in zimbrischer Sprache „Légan Tzimbri bon Siben Komoine“ genannten Verbandes wurde **Francesco „Franz“ Rodeghiero** (im Bild) aus Ghenebe/Enego gewählt. Ihm steht ein achtköpfiger Vorstand zur Seite.

Rodeghiero geht alles viel zu langsam; die Bürokratie in Italien sei unerträglich, schimpft er. Dass die Hochebene von Provinz, Region und Staat seit jeher vernachlässigt wird, dürfte ein wichtiger Impuls gewesen sein zur Wiederentdeckung der zimbrischen Wurzeln und zum Bemühen, das Schicksal in die eigene Hände zu nehmen.

Vor zehn Jahren hat die Region Venetien die Hochebene von Asiago als zimbrischen Ursprungs anerkannt. Doch um in den Genuss von Förderungen zu kommen, zweisprachige Topo-

nomastik benutzen zu können und Förderung für Unterricht in der Minderheitensprache in der Schule und für Sprachkurse öffentlicher Bediensteter zu bekommen, muss sich jede Sprachinsel und Minderheit als Verband organisieren.

Der Zimbernverband soll sozusagen als politischer Arm der bestehenden Kulturvereinigungen dienen. Am 30. November wird bei einer Vorstandssitzung die Gründung der Ortsgruppen in die Wege geleitet. Zudem will er bei den beiden Provinzen Trient und Bozen die Anerkennung als Sozialverband beantragen: „Damit wir die Zusammenarbeit mit den Zimbern in Lusern verbessern können“, sagt Rodeghiero.

Unterricht in Schulen

Die Zimbern fordern zwei Stunden muttersprachlichen Unterricht in den Schulen, die Möglichkeit, sich in ihrem Gebiet in ihrer Mundart an Behörden wenden zu können, mehr Rücksicht auf zimbrische Wurzeln in der Ortsnamengebung, stärkere kulturelle Förderung und die Wiederherstellung der zimbrischen Familiennamen, die seit dem Niedergang der „Reggenza“ (siehe zur Geschichte eigene Hintergrund-Box) itali-anisiert wurden.

Der Zimbernverband will nun die Einschreibung der Mitglieder vorantreiben (das Interesse in der Bevölkerung ist groß), Förderprogramme konzipieren



Die zimbrische Mundart hat die Lautverschiebung nicht mitvollzogen: Wer das -B- in „Biiga“ als -W- spricht, hat schnell den Namen dieses schaukelnden Kinderbettes erkannt. Ausstellungsstück im Zimbern-Museum in Robaan/Roana.

und die Abhaltung von Zimbrisch- und Deutschkursen vorbereiten.

Miliz wiedergründen

Ein Herzenswunsch ist Rodeghiero die Wiedergründung

der historischen Miliz der Sieben Gemeinden nach dem Vorbild der Südtiroler Schützenkompanien: „Ein Statut haben wir schon verfasst, nach dem Vorbild des Schützenwesens“, schildert er. Allerdings ist das leidige Thema Geld ein Problem:

GESCHICHTE

Die Zimbern der Sieben Gemeinden

SLEGHE/ASIAGO. Die Hochfläche der Sieben Gemeinden wurde ab dem 11. Jahrhundert von Siedlern aus Süddeutschland besiedelt. Das ganze Gebiet zwischen Etsch, Brenta und Piave war im Mittelalter stark mit deutschen Siedlern durchsetzt. Die Sieben Gemeinden setzten im Hochmittelalter eine Autonomie durch, indem sie sich unter das Protektorat erst Veronas, dann Mailands und schließlich Venedigs stellten und sich jeweils ihre Rechte verbrieften ließen. Ihre Unabhängigkeit ging so weit, dass sie Botschafter in Wien hatten und Steuervorteile genossen. Die „Reggenza“ (siehe Info-Box) bestand von 1310 bis 1809. Heute gibt es nur mehr eine Handvoll Muttersprachler; das Interesse an den seit Jahrzehnten angebotenen Zimbrisch-Kursen ist aber hoch.

Allein die Uniformen würden an die 100.000 Euro kosten. Die Region Venetien aber hat kein Geld und deshalb vorerst nur einmal einen kleinen Beitrag zugesprochen.

@ www.cimbri.org
 www.altopiano.asiago.com/museo-cimbri/istituto.huni
 www.cimbri.comuni.it

© Alle Rechte vorbehalten